Die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten sind ohne Entschädigung in Gemeineigentum zu überführen. Das gleiche gilt für private Unternehmungen, die sich in den Dienst einer aggressiven Kriegspolitik stellen.

Artikel 22

Die Republik sorgt durch eine umfassende Wirtschaftsplanung für eine zweckmäßige Ausnutzung aller Möglichkeiten der Wirtschaft.

Durch Gesetz können wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammengeschlossen werden, um die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeiter und Unternehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln.

Auf Grund eines Gesetzes kann der Republik, den Ländern, den Kreisen oder Gemeinden durch Beteiligung an der Verwaltung oder in anderer Weise ein bestimmender Einfluß auf Unternehmungen oder Verbände gesichert werden.

Die Konsumgenossenschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie die landwirtschaftlichen Genossenschaften und deren Vereinigungen genießen Schutz und Förderung durch die Republik. Sie sind auf ihr Verlangen unter Berücksichtigung ihrer Verfassung und Eigenart in die Gemeinwirtschaft einzugliedern.

Artikel 23

Der private Großgrundbesitz, der mehr als einhundert Hektar umfaßt, wird durch eine Bodenreform ohne Entschädigung auf geteilt. Fideikomnisse sind aufgehoben.

Den Bauern wird das Privateigentum an dem ihnen durch die Bodenreform zugeteilten Boden gewährleistet.

Artikel 24

Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird überwacht, jeder Mißbrauch verhütet.

Jedem Bürger und jeder Familie ist eine gesunde, ihrem Bedürfnis entsprechende Heimstätte zu sichern. Opfer des Faschismus, Kriegsbeschädigte und Umsiedler sind dabei besonders zu berücksichtigen.